

## EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION

Karl-Heinz Dignas, Absolventen Zeitung, 7/ November 1995, S. 2

Kommt sie oder kommt sie nicht? Wenn ja, in welcher Form und wann kommt sie? Das ist nur ein kleiner Teil der Fragen, die die Europäer - ob Politiker Unternehmer, Gewerkschafter Wissenschaftler, der Mann (und die Frau) auf der Straße - nicht erst seit gestern heiß und kontrovers diskutieren.

Worum geht es? Die Rede ist von der Einführung einer europäischen Währungsunion, deren Quintessenz wiederum die Etablierung einer gemeinsamen Währung für die Bürger der Europäischen Union darstellt. Nachdem eine gewisse Zeit lang in der Europäischen Union mehr oder weniger ein allgemeiner Konsens festzustellen war, die Europäische Währungsunion nach den Ziel- und Zeitvorstellungen des sogenannten Maastrichter Vertrages einzuführen, mehren sich in letzter Zeit die Stimmen, die die Planung grundsätzlich wieder in Frage stellen und die das Für und Wider einer solchen neuen Phase auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa wieder neu auf den Tisch bringen.

Dabei sind in der Zwischenzeit im Grunde genommen eigentlich keine neuen Argumente aufgetaucht. Der Nutzen einer solchen Integration von Währungen, der Schaffung einer einheitlichen europäischen Geld- und Währungspolitik mit einer gemeinsamen Zentralbank und einem einheitlichen Euro-Geld wird auch heute darin gesehen, daß - technisch gesprochen - wechselkursbedingte Transaktionskosten, Informationskosten und Risiken wegfallen. Man spart die Umtauschgebühren in Form der Differenz zwischen An- und Verkaufskurs von Devisen. Nicht nur das Reisen sondern auch der Handel mit Waren, Dienstleistungen und Geld und Kapital über die Grenzen innerhalb Europas hinweg wird damit einfacher und billiger. In Unternehmen ergeben sich Ersparnisse durch die Vereinfachung des Rechnungswesens, die verringerte Haltung von Devisen in unterschiedlichen Währungen und die schnellere Abwicklung grenzüberschreitender Bank-überweisungen.

Die Turbulenzen an den Devisenmärkten, die Europa immer wieder in Atem gehalten haben, würden der Vergangenheit angehören. Kann man vor dem Hintergrund dieser Argumente überhaupt gegen die Einführung einer Währungsunion sein? Nun wissen wir, daß jede Entscheidung, also -auch diese- nicht nur Chancen, sondern auch Risiken in sich birgt. Welche Risiken sind also mit einer Europäischen Währungsunion verbunden?

Das Risiko, das besonders in der deutschen Bevölkerung als sehr hoch eingeschätzt wird und das lange Zeit von den deutschen Politikern heruntergeredet wurde, liegt darin, daß „wir Deutschen unsere D-Mark“, die ja bekanntermaßen nach dem 2. Weltkrieg immer zu den härtesten Währungen der Welt gehört hat, eintauschen müssen gegen ein Euro-Geld, dessen Stabilität bzw. Instabilität dann nicht mehr von der Politik der Deutschen Bundesbank abhängt, sondern in den Händen der Europäischen Zentralbank und anderer europäischer Institutionen liegt.

Wird damit das Euro-Geld genauso stabil sein, wie es die D-Mark war und ist? Zugegeben: Ein Blick in den Maastrichter Vertrag zeigt, welche Mühen darauf verwendet wurden, damit die künftige Europawährung eine stabile und starke Währung wird. Allerdings kommt es letztlich immer darauf an, welche Personen mit welcher stabilitätspolitischen Einstellung in einem gegebenen institutionellen Rahmen tätig werden. Äußerungen gerade französischer Politiker zur Frage der Autonomie der künftigen Europäischen Zentralbank rechtfertigen Bedenken, ob der Stabilitätskonsens, der in Deutschland zweifellos existiert, auf europäischer Ebene gleichermaßen ausgeprägt sein wird. Auch der Hinweis auf die sogenannten Konvergenzkriterien, denen sich jedes Land unterwerfen muß, will es in die Europäische Währungsunion eintreten, können diese Bedenken nicht zerstreuen.

Zum einen hört man heute schon Stimmen, die diese Qualifikationskriterien aufweichen wollen. Zum anderen sagen diese Kriterien, die gesunde Staatsfinanzen, Preis- und Wechselkursstabilität sowie annähernd gleiche Zinssätze als Eintrittspreis in die Währungsunion nennen, nichts darüber aus, was nach Beitritt zur Währungsunion passieren soll. Wie bringt man z.B. die Mitglieder erfolgreich dazu,

in der Zeit nach Einführung der Währungsunion weiterhin eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik in ihren Ländern durchzuführen? Wie schafft man es, daß die europäische Zentralbank neben der geldpolitischen auch die Wechselkurskompetenz erhält? Trotz dieser und anderer Bedenken scheint aber insgesamt das Projekt Europäische Währungsunion (noch) nicht gefährdet. Diese Bedenken sollten aber Anlaß dazu sein den Vertrag von Maastricht dort, wo es notwendig ist, nachzubessern.

Die deutsche Regierung, lange Zeit nach dem Motto „Augen zu und durch“ einer der Vorreiter einer schnellen Etablierung der Europäischen Währungsunion, sollte jetzt gerade die politischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Währungsunion klar formulieren und in den europäischen Gremien offensiv vertreten. Die Gefahr, daraufhin bei den anderen Partnern den Eindruck zu erwecken, daß die Bonner Regierung nur noch mit halbem Herzen bei der Sache ist, muß dabei in Kauf genommen werden. In der für das Jahr 1996 vorgesehene Regierungskonferenz der betroffenen Staaten muß, wie es ein Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank ausgedrückt hat, „die Entscheidung fallen, ob die Europäische Gemeinschaft den Überbau der Währungsunion auf das Fundament einer politischen Union stellen will, die diesen Namen verdient“.

Bedenkt man dies alles, dann sollte man sich bei der Einführung der Europäischen Währungsunion Zeit lassen. Der erste im Maastrichter Vertrag genannte Termin, das Jahr 1997, ist mit Sicherheit nicht einzuhalten. Aber auch der im Vertrag genannte Termin „spätestens 1999“ sollte noch einmal überdacht werden. Mit ziemlich großer Sicherheit kann man aber heute schon davon ausgehen, daß wir Deutschen das Feuerwerk für die Jahrtausendwende noch in D-Mark bezahlen werden. Zumindest bis dahin haben die Politiker in ganz Europa Zeit, ihrer Bevölkerung zu beweisen, daß sie in der Lage sind, durch eine solide Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik ein Klima des Vertrauens zu schaffen, damit die dann ins Werk gesetzte Europäische Währungsunion ein Erfolg wird.